

Neue Eskalation

## Eritrea: 21 katholische Gesundheitseinrichtungen beschlagnahmt

Mitte Juni ist es in Eritrea zu einer neuen Eskalation im Verhältnis Kirche-Staat gekommen: Soldaten haben 21 christliche Kliniken, Arztstationen und Gesundheitseinrichtungen beschlagnahmt.



Verteilung von Hilfsgütern in Eritrea Wie das Hilfswerk «Kirche in Not» aus München berichtete, versorgten die 21 von der eritreisch-katholischen Kirche betriebenen Einrichtungen rund 170'000 Menschen medizinisch. Die Patienten seien aufgefordert worden, ihre Betten zu verlassen. Weil sich das Klinikpersonal teilweise geweigert habe, die Schlüssel auszuhändigen, hätten sich die Soldaten gewaltsam Zugang verschafft.

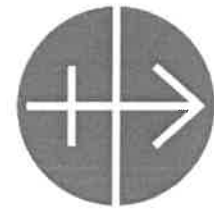
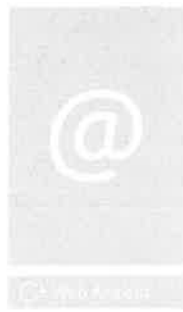
Staat strebt Gesundheitsmonopol an

Sollte der Klinikbetrieb nicht bald wiederaufgenommen werden, besteht für viele Menschen Lebensgefahr. Manche der Patienten müssen ohnehin bis zu 25 Kilometer zu Fuss gehen, um einen Arzt oder eine Klinik aufsuchen zu können.

Die staatlichen Einrichtungen in Eritrea sind häufig schlecht ausgerichtet, und es steht wenig Personal zur Verfügung. Deshalb werden die kirchlichen Gesundheitseinrichtungen von der Mehrzahl der Bevölkerung geschätzt. Dennoch scheint nach Auskunft von Beobachtern der Staat nun anzustreben, der einzige Anbieter medizinischer Fürsorge zu sein.

Protestschreiben und Reaktion

Die vier katholischen Bischöfe der eritreisch-katholischen Kirche richteten ein Protestschreiben an die



Gesundheitsministerin Amna Nurhusein. Das Vorgehen gegen kirchliche Gesundheitseinrichtungen, von denen einige bereits 70 Jahre betrieben werden, sei «zutiefst ungerecht», erklärten die Bischöfe. «Der Kirche diese Einrichtungen wegzunehmen, bedeutet, ihre Existenzgrundlage zu untergraben und ihre Mitarbeiter der Verfolgung auszusetzen.»

Das eritreische Regime hat bereits vor zwei Jahren private Gesundheitseinrichtungen beschlagnahmt; diese sind bis heute geschlossen.

UN-Sonderbotschafterin verurteilt jüngste Verhaftungen von Christen

In den vergangenen Monaten ist es in Eritrea wiederholt zu Verhaftungen von Christen gekommen. Das verurteilte die UN-Sonderbotschafterin für Menschenrechte in Eritrea, Daniela Kravetz, wie der Nachrichtendienst «idea Deutschland» jetzt meldete: «Diese Aktionen zeigen, dass die Menschenrechtssituation in Eritrea unverändert bleibt, trotz einer Besserung des regionalen Klimas in punkto Frieden und Sicherheit.» Im Mai seien in Eritrea nach ihrer Kenntnis mehr als 170 pfingstkirchliche Christen festgenommen worden – unter ihnen auch Frauen und Kinder. Mitte Juni wurden fünf eritreisch-orthodoxe Priester inhaftiert, weil diese Kritik an der Regierung wegen des Vergehens gegen Kirchen geäußert hatten.

Seit 2002 sind im diktatorisch regierten Eritrea als Glaubensgemeinschaften nur die eritreisch-orthodoxe, die katholische und die lutherische Kirche sowie der Islam anerkannt. Sie können weithin ungehindert Gottesdienst feiern, werden jedoch überwacht. Angehörige anderer Kirchen – etwa Baptisten und Pfingstler – leben ständig in der Gefahr, verhaftet zu werden. Von den rund sechs Millionen Einwohnern Eritreas sind etwa 50 Prozent Muslime und 47 Prozent Christen.

Zum Thema:

Angehörige der Pfingstbewegung: Eritrea: 30 Christen wegen Gebet verhaftet

Trotz Frieden mit Äthiopien: Pfingstler in Eritrea verfolgt

Nordkorea in Afrika: Eritrea verfolgt nun alle Religionsgemeinschaften

Datum: 28.06.2019

Autor: Reinhold Scharnowski

Quelle: Livenet / Kirche in Not / idea D